

Aus dem preußischen Landtage. Teuerungszulage für die preußischen Staatsbeamten.

♣ Berlin, 6. Juni. (Telegr.) Der Staatshaushalts-
ausschuss des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich mit dem
Antrag aller Parteien auf Heraushebung der für die Bewilligung von
Kriegsbeihilfen für Kinder von Beamten festgesetzten Gehalts-
grenze von 2100. M. auf 3000. M., entsprechende Erhöhung der Unter-
stützungsgrenze für Angestellte und Arbeiter, Gewährung von Kriegs-
zulage für Beamte mit Gehalt bis 2400. M., Angestellte und Arbeiter bis
2700. M., und endlich entsprechende Fürsorge für die Volksschullehrer. Die
Staatsregierung erklärte ihre Zustimmung. Die Durchführung des An-
trags würde etwa 45 Millionen kosten. Unterstaatssekretär
Michaellis erklärte sich gegen die Gewährung von Kriegsbeihilfen
für unverheiratete Beamte und für Beamte mit über 2400. M. Die Neu-
regelung solle am 1. Juli in Kraft treten. Verhandlungen über ein
gleichmäßiges Vorgehen im Reiche stehen vor dem Abschluss. Der An-
trag wurde einstimmig angenommen.

Der Ausschuss genehmigte darauf die königliche Verordnung betr. den
Wiederaufbau von Ostpreußen, die Übersicht über die zu
Anfiedlungszwecken zu verwendenden ostpreussischen Do-
mänen und die Verordnung über Staatsdarlehen zum Wiederaufbau
im Krieg zerstörter Gebäude. Zu der Denkschrift über die Beseitigung
der Kriegsschäden in den vom feindlichen Einfall berührten Landes-
teilen erklärte die Regierung, daß die zerstörten Wohngebäude bis zum
Winter wieder aufgebaut sein dürften, soweit dies für die notwendige
Unterkunft erforderlich sei. Bei Baudarlehen könne auf eine Berück-
sichtigung des verfügbaren Vermögens der Geschädigten nicht verzichtet
werden. Dem Elektrifizierungsplan für Ostpreußen wurde wohl-
wollende Prüfung zugesagt. Preußen wolle für die ersten zehn Jahre
Zuschüsse für Verzinsung und Tilgung der bei der Reichsdarlehenskasse
von der Provinz aufgenommenen Gelder leisten. Das Unternehmen
müsse sich aber dann selbst erhalten. Die Waldweide will der Land-
wirtschaftsminister nach Möglichkeit fördern. Vorentscheidung für
Feldinventarschäden soll demnächst ausgezahlt werden. Folgende Re-
solutionsurteile wurden angenommen: Das Haus der Abgeordneten wolle
beschließen, unter voller Anerkennung des für die Wiederherstellung Ost-
preußens Geleisteten und im Vertrauen, daß die Staatsregierung in
gleicher Weise auch für das wirtschaftliche Aufblühen der Provinz sorgen
werde, die Denkschrift zur Kenntnis zu nehmen.